



Fraktionserklärung

2. Juni 2010

Die CVP macht Verkehrspolitik für Bewohner, Hausbesitzer und das Gewerbe

Die heutige Debatte zur Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (PPV) wird einmal mehr die Grabenkämpfe zwischen den politischen Polen aufzeigen. Mit genau 31 Anträgen steht uns eine lange Debatte bevor. Grund genug für die CVP, vehement unsere sach-, realitäts- und lösungsbezogene Politik zu betreiben.

Für die CVP-Fraktion steht fest, dass der stadträtliche Vorschlag grösstenteils in die richtige Richtung geht. Mit der neuen PPV soll vor allem das autofreie Wohnen propagiert werden, welches zwei Motionäre im Jahre 2006 gefordert hatten. Diesem Anliegen stimmt die CVP zu, denn Flexibilität bei der Anzahl Privatparkplätze nach unten ist im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie zweckmässig. Jedoch soll, und das ist einer der strittigen Artikel in dieser Verordnung, diese Flexibilität in beschränkter Masse auch nach oben gewährleistet sein. Gezwungen, das Maximum an Parkplätzen zu bauen, wird kein Bauherr. Aber sollte es einer wollen, so sollte er auch wollen dürfen.

An diesem Punkt scheiden sich einmal mehr die Parkplatzgeister des Gemeinderats. Auf der einen Seite jene, welche das Auto als unnötiges und unnützes Ding verteufeln und die gesamte Stadt am liebsten zur total autofreien Zone erklären möchten, auf der anderen Seite jene, welche freie Fahrt für freie Bürger fordern und den ÖV als Störfaktor für den motorisierten Individualverkehr betrachten. Aber seien wir doch ehrlich: weder das eine noch das andere bringt unsere Stadt wirklich weiter. Mit dem historischen Parkplatzkompromiss für die innerstädtischen öffentlichen Parkplätze hat der Gemeinderat schon einmal bewiesen, dass er die Realität anerkennt und weitblickende Entscheide fällen kann.

Diese Weitsicht braucht es auch heute, geht es doch in erster Linie um all jene Menschen, die in Zürich wohnen und arbeiten. Denn je näher das Stadtzentrum rückt desto häufiger sind suchende Automobilisten auszumachen, welche in Wohngebieten für ihren fahrbaren Untersatz eine temporäre Bleibe suchen. Dies schadet der Wohn- und der Luftqualität – und auch den Nerven der Suchenden und Anwohner. Eine massvolle Erhöhung um 5% der Maximalpflichtzahl an Parkplätzen in den Gebieten B und C, im Gegenzug daher eine Senkung der Maximalpflichtzahl in den Gebieten D und Übriges um ebenfalls 5% ist unserer Meinung nach vertretbar.

Es entstünde eine regelrechte Win-Win-Situation. Denn wer meint, dass mittels einer PPV die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt in ihrem Fahrverhalten geändert werden können, der verkennt die Realität.

Die CVP-Fraktion setzt mit ihrem Antrag zur PPV ein Zeichen: einerseits für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt, andererseits gegen die Bevormundung der Liegenschaftsbesitzer und der Gewerbetreibenden. Eine attraktive Stadt braucht den gesunden Mix zwischen öffentlicher und privater Hand – wir stehen dafür ein!